



FRANKENBLICK

25. September 2015 14:55 Uhr

Südthüringen: "Franken" drängen nach Bayern

Die Vorwürfe der „Franken“ aus Südthüringen an die rot-rot-grüne Landesregierung in Erfurt werden konkreter – und lauter. Die Gruppe in der ehemaligen DDR will ihren Landstrich im Freistaat Bayern sehen und kündigt deshalb energischen Protest an.

Die Vorwürfe der „Franken“ aus Südthüringen an die rot-rot-grüne Landesregierung in Erfurt werden konkreter – und lauter. Die Gruppe in der ehemaligen DDR will ihren Landstrich im Freistaat Bayern sehen und kündigt deshalb

energischen Protest an.

„Fränkische Geschichte wird nicht gelehrt und bei jeder Gelegenheit verschwiegen“, beginnt eine Pressemitteilung von Martin Truckenbrodt, Vorsitzender des Vereins Henneberg-Itzgrund-Franken mit Sitz in der Gemeinde Frankenblick im Landkreis Sonneberg. Auch werde fränkisches Brauchtum grundsätzlich als thüringisch bezeichnet.

Mit „fragwürdigen Namensgebungen“ würden Tatsachen im Interesse der Landespolitik zurechtgerückt, lautet ein weiterer Vorwurf. Der Großteil der Politiker und anderer Personen des öffentlichen Lebens trauten sich nicht die Begriffe „Franken“ und „fränkisch“ im Zusammenhang mit Ihrer Heimat in den Mund zu nehmen. „Damit muss endlich Schluss sein“, so Truckenbrodt.

Das Bundesland der Dichter und Denker müsse sich endlich und eindeutig zu seiner kulturräumlichen und historischen Vielfalt bekennen. Schließlich gehe es um ein Fünftel der Fläche und um ein Sechstel der Bevölkerung des Freistaats Thüringen. „Nicht nur Sonneberg ist im heutigen Freistaat Thüringen fränkisch.“

Mit einem Offenen Brief wendet sich der zwei Jahre alte Verein nun an den Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) und einzelne Minister seines Kabinetts. In diesem Schreiben sind 13 konkrete Forderungen zu unterschiedlichen Bereichen und Themen enthalten, die bis Ende August 2016 umgesetzt werden sollen.

Geht die Landesregierung nicht darauf ein, so Truckenbrodt, werde man in einem Jahr „auf der Sonnenseite des Thüringisch-Fränkischen Mittelgebirges“ mit dem Sammeln von Unterschriften für einen Wechsel der Region in den Freistaat Bayern beginnen.

Abschließend heißt es: „Rot-Rot-Grün hat die 24 Jahre vorausgehender CDU-dominierter Landespolitik nicht zu verantworten. Unsere diesbezüglichen Hoffnungen in die neue Landesregierung wurden jedoch bisher nicht erfüllt. Wir gehen deshalb nun in die Offensive.“

Weiterhin kündigt der Verein für die nächsten Monate juristische Schritte an. Die bisherige Landespolitik verstoße im Bereich der Bildung gegen die Thüringer Verfassung.

Unterdessen berichten Medien wie der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR), dass die Landesregierung eine Gebietsreform plant, bei der südlich des Rennsteigs zwei neue Landkreise entstehen sollen. Dafür könnten Suhl, Hildburghausen und Sonneberg fusionieren.

Der Wartburgkreis würde zerschlagen. Für den Fall hatten die Landräte der Kreise Sonneberg und Hildburghausen gegenüber dem MDR einen Wechsel nach Bayern ins Gespräch gebracht. In beiden Landkreisen redeten die Menschen fränkisch und hätten starke Verbindungen nach Oberfranken.

Artikel: <http://www.mainpost.de/ueberregional/bayern/Brauchtum-DDR-Sozialer-oder-politischer-Protest;art16683,8926854>

© Mainpost 2015. Alle Rechte vorbehalten. Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung